



Die Kluft wächst!

**ENDLICH
HANDELN!**



Soziale Spaltung stoppen – Armut jetzt bekämpfen!



Armut darf nicht zur Normalität werden. Die Bekämpfung der Armut in allen Altersgruppen muss an erster Stelle stehen.

Rente muss zum Leben reichen. Altersarmut muss bekämpft werden.

Gesundheit muss für alle bezahlbar sein. Der Teufelskreis „Krankheit macht arm“ und „Armut macht krank“ muss gestoppt werden.

Pflege muss menschenwürdig sein. Wer pflegebedürftig ist, muss sich auf die gesetzliche Pflegeversicherung verlassen können.

Behinderung darf niemanden ausgrenzen. Inklusion muss endlich in Schule, Beruf und Alltag gelebt werden.



VdK-Präsidentin Ulrike Mascher

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Armut in einem reichen Land – das ist für immer mehr Menschen in Deutschland Realität. Dem Diktat des Sparens wird alles andere untergeordnet, anstatt für soziale Balance zu sorgen. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache: Dieses Solidaritätsprinzip wird immer mehr ausgehöhlt. Es werden viel zu viele Entscheidungen in der Politik getroffen, die letztlich zu Lasten der ohnehin Benachteiligten gehen.

„Die Kluft wächst“, so steht es auf unseren Plakaten, die wir bereits vor drei Jahren bundesweit angebracht hatten. Sie sind leider immer noch aktuell, denn die Spaltung der Gesellschaft schreitet voran. Nach einer aktuellen Studie der Deutschen Bundesbank vereinen die reichsten 10 Prozent der deutschen Haushalte 59,2 Prozent des Nettovermögens auf sich. Die untere Hälfte der Bevölkerung verfügt nach Zahlen der Bundesregierung dagegen nur über 1 Prozent des gesamten Vermögens.

Der Sozialverband VdK will den Sozialstaat verteidigen. Das Vertrauen der Menschen in die soziale Gerechtigkeit garantiert die Stabilität unserer Gesellschaft. 1,6 Millionen Mitglieder sehen den VdK als Fürsprecher ihrer Anliegen. Diese Menschen sind Rentner, gesetzlich Versicherte, Arbeitnehmer, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, Pflegebedürftige und deren Angehörige – kurz, sie repräsentieren die Mehrheit der Wählerschaft.

„Endlich handeln!“: Unter dieses Motto haben wir unsere Aktion zur Bundestagswahl gestellt. „Endlich handeln!“: So lautet unser klarer Appell an die nächste Bundesregierung. Deswegen mischt sich der Sozialverband VdK im Vorfeld der Bundestagswahl ein und präsentiert den Kandidatinnen und Kandidaten seine Forderungen. Mit der Wahl zum Bundestag am 22. September 2013 werden wichtige Weichen für die soziale Zukunft Deutschlands gestellt. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht!

Ihre

Ulrike Mascher
Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland



Soziale Spaltung stoppen – Armut jetzt bekämpfen

Die Forderungen des Sozialverbands VdK zur Bundestagswahl 2013

Rente

Die gesetzliche Rente muss armutsfest sein. Das Problem der Altersarmut, jetzt und in Zukunft, muss endlich angepackt werden.

Deshalb fordert der Sozialverband VdK:

- Rentner müssen wieder nennenswerte Rentenerhöhungen bekommen. Deshalb müssen die Renten wieder parallel zu Löhnen und Gehältern angehoben werden. Das Rentenniveau muss bei 50 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns eingefroren werden und darf nicht wie geplant bis 2030 auf 43 Prozent absinken. Dafür müssen die Rentendämpfungsfaktoren abgeschafft werden.
- Damit eine Rente über Grundsicherungsniveau erzielt werden kann, fordert der Sozialverband VdK einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und eine gesetzliche Regelung zur Einschränkung von Leih- und Zeitarbeit sowie von befristeten Jobs.
- Der VdK fordert die volle Anrechnung von drei Jahren Kindererziehungszeiten bei der Rente für alle Frauen, die vor 1992 ein Kind geboren haben, und damit eine Gleichbehandlung aller Mütter – auch derjenigen, die heute schon in Rente sind.
- Die Pläne zur „Lebensleistungsrente“ sind realitätsfern. Die Hürden von 40 Beitragsjahren plus privater Altersvorsorge sind viel zu hoch. Im Kampf gegen Altersarmut ist das Konzept ungeeignet.
- Die „Rente mit 67“ ist nichts weiter als ein Rentenkürzungsprogramm und muss deshalb ausgesetzt werden. Nur jeder Dritte in der Altersgruppe über 60 Jahre ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt, viele Ältere müssen jetzt schon mit Abschlüssen früher in Rente gehen. Die Betriebe sind in der Pflicht, mehr in Weiterbildung und Gesundheit ihrer älteren Mitarbeiter zu investieren.
- Damit Krankheit nicht zur Armutsfalle wird, müssen die Erwerbsminderungsrenten angehoben werden. Nur 596 Euro beträgt die Durchschnittsrente für einen Neurentner. Die Abschlüsse von derzeit 10,8 Prozent müssen abgeschafft und die Zurechnungszeit angepasst werden.
- Viele der derzeitigen Frühverrentungen ließen sich durch Prävention und Rehabilitation vermeiden. Die Begrenzung der Ausgaben für medizinische und berufliche Rehabilitationsmaßnahmen muss wegfallen. Das ist der beste Weg, um dem Prinzip „Reha vor Rente“ gerecht zu werden.

- Der Sozialverband VdK lehnt Absenkungen des Rentenversicherungsbeitrags ab. Moderate Anhebungen müssen möglich sein, um mit diesen Finanzmitteln Altersarmut zu bekämpfen.
- Die gute Finanzlage der Rentenversicherung sollte für Maßnahmen gegen Altersarmut genutzt werden. Aus Steuermitteln müssen Elemente des sozialen Ausgleichs – etwa die Höherbewertung der Mütter-Renten, eine Rente nach Mindesteinkommen, eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere sowie die Einzahlung von ausreichenden Rentenversicherungsbeiträgen für Langzeitarbeitslose – finanziert werden.

Gesundheit

Solidarität ist das wichtigste Grundprinzip unseres Gesundheitssystems. Doch zunehmend werden bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Ältere, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderung oder Einkommensschwache abgehängt. Auf deren Versorgung ist das Gesundheitssystem kaum eingestellt.

Deshalb fordert der Sozialverband VdK:

- Gesundheit muss für alle bezahlbar sein. Die Abschaffung der Praxisgebühr zum Januar 2013 war ein wichtiger Schritt, dem aber noch weitere folgen müssen. Immer noch werden Patienten durch hohe Zuzahlungen und Eigenfinanzierungen für Medikamente, Hilfsmittel sowie bei Klinik- und Reha-Aufenthalten unverhältnismäßig hoch belastet.
- Alle Bürger müssen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze muss angehoben werden. Zurzeit zahlen die Arbeitnehmer und Rentner 8,2 Prozent Beitrag, die Arbeitgeber nur 7,3 Prozent. Zusätzlich drohen den Versicherten Zusatzbeiträge. Die Arbeitgeber sollen sich wieder zu 50 Prozent an den Krankenversicherungsbeiträgen beteiligen. Die Zusatzbeiträge müssen abgeschafft werden.
- Gerade einmal 3,87 Euro pro Versichertem werden von den Krankenkassen in vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen investiert. Die Politik muss sicherstellen, dass es deutlich mehr und gezieltere Präventionsmaßnahmen vor allem für Arbeitnehmer, Kinder, Ältere und sozial benachteiligte Menschen gibt.
- Die Zahl chronisch Erkrankter sowie Mehrfach-erkrankter steigt deutlich an. Diese Patienten sind oft unzureichend versorgt. Krankenhäuser, Haus- und Fachärzte, Pflegedienste und Therapeuten müssen im Sinne einer integrierten Versorgung verpflichtet werden, eng zusammenzuarbeiten.
- Die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel muss von derzeit 19 auf 7 Prozent gesenkt werden. Ein verminderter Mehrwertsteuersatz für Medikamente gilt bereits in 24 EU-Staaten.
- Patienten müssen mündige Partner im Gesundheitswesen werden. Der VdK fordert deshalb den Ausbau der Unabhängigen Patientenberatung (UPD). Patienten müssen z. B. bei IGeL-Leistungen, die sie beim Arzt selbst bezahlen, das Recht auf umfassende Aufklärung bekommen.

Pflege

Die VdK-Kampagne „Pflege geht jeden an“ aus dem Jahr 2011 hat Wirkung gezeigt, Pflege ist ein großes politisches Thema geworden. Die Änderungen, die es seit Januar 2013 durch das Pflege-Neuausrichtungsgesetz gibt, sind aber nicht mehr als ein erster zaghafter Schritt.

Deshalb fordert der Sozialverband VdK:

- Die Finanzierung der Pflegeversicherung muss auf breitere Füße gestellt werden. Die Beitragsanhebung von 0,1 Prozent zum Januar 2013 reicht für eine angemessene Versorgung von Demenzerkrankten nicht aus. Eine weitere Privatisierung des Pflegerisikos und damit eine weitere Abwälzung zukünftiger Kosten auf den Einzelnen muss gestoppt werden. Ein Solidarausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung würde zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten schaffen.
- Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen in allen Pflegestufen, vor allem in der häuslichen Pflege, deutlich angehoben werden. Seit 1996 gab es hier kaum eine Verbesserung und nicht einmal einen Inflationsausgleich. Deshalb ist Pflegebedürftigkeit zunehmend ein Armutrisiko. Immer mehr Menschen können die Heimkosten nicht mehr bezahlen und brauchen zusätzliche staatliche Unterstützung.
- Der neue umfassende Pflegebedürftigkeitsbegriff – der den Verantwortlichen längst vorliegt – muss endlich eingeführt werden, damit auch dementiell Erkrankte angemessene Leistungen der Pflegeversicherung bekommen können. Die neue „Pflegestufe 0“ und die geringe Anhebung des Pflegegelds reichen nicht aus.
- Pflegenden Angehörige müssen mehr Unterstützung bekommen. Der VdK fordert eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, die rentenrechtliche Gleichstellung von Familienpflege- und Kindererziehungszeiten sowie den Ausbau von Entlastungsangeboten wie Tages- und Kurzzeitpflege.



Mitziehen – Durch Gemeinschaft gewinnen.

- Das Prinzip „Reha vor Pflege“ muss endlich umgesetzt werden. Geriatrische (altersheilkundliche) Rehabilitation muss gefördert werden, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.
- Der Rechtsanspruch auf eine unabhängige Pflegeberatung muss in allen Bundesländern durchgesetzt werden. Der Ausbau der Pflegestützpunkte muss vorangetrieben werden.

Behinderung

Behinderung gehört zur Vielfalt des Lebens. Teilhabe und Selbstbestimmung müssen deshalb für Menschen mit Behinderung selbstverständlich werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland, das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung als politischen Auftrag ernst zu nehmen.

Deshalb fordert der Sozialverband VdK:

- Bund, Länder und Kommunen müssen sich verbindliche Ziele und zeitnahe Fristen setzen, um die UN-Behindertenrechtskonvention überall im Land Realität werden zu lassen.
- Teilhabe ist ein Menschenrecht und kein Haushaltsposten. Deshalb dürfen die geplanten Verbesserungen nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen.
- Das Recht auf den Besuch der Regelschule muss für alle Kinder gelten, ob mit oder ohne Behinderung.
- Es muss mehr Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten am ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung geben. 30 000 Betriebe beschäftigen keinen einzigen Schwerbehinderten. Wer sich der Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte komplett entzieht, soll eine erhöhte Ausgleichsabgabe zahlen.
- Barrierefreiheit muss in allen öffentlich zugänglichen Bereichen und bei Arbeitsstätten realisiert werden. Dies gilt insbesondere für Bahnhöfe und Züge, Krankenhäuser und Arztpraxen und im Wohnungsbau.
- Es muss ein Leistungsgesetz geschaffen werden, das die derzeitige Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ablöst und einheitliche Leistungen unabhängig vom Vermögen und Einkommen der Betroffenen gewährt.



QR-Code zur Aktionswebseite

Armut

In einem reichen Land wie Deutschland lebt fast jedes vierte Kind unterhalb der Armutsschwelle. In Deutschland arbeiten über 4 Millionen Menschen für einen Bruttolohn von unter 7 Euro. Immer mehr kommen trotz Vollzeittätigkeit nur mit zusätzlichen Hartz-IV-Leistungen über die Runden. Es besteht die Gefahr, dass aus Kinder- und Erwerbsarmut später Altersarmut wird.

Deshalb fordert der Sozialverband VdK:

- Kein Kind soll ohne Abschluss die Schule verlassen. Um besonders Kinder aus armen Verhältnissen zu fördern, müssen flächendeckende Bildungs- und Betreuungsangebote in Ganztageseinrichtungen geschaffen werden.
- Der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder und die Höhe der Grundsicherungsleistung im Alter und bei Erwerbsminderung müssen neu berechnet werden. Diese Sätze orientieren sich am Bedarf eines 30-jährigen, gesunden Mannes und widersprechen jeder Lebenswirklichkeit von Kindern, kranken und alten Menschen.
- Die derzeitige Ausweitung von Leih- und Zeitarbeit, von befristeten Arbeitsverhältnissen sowie von Teilzeit- und Minijobs leistet der Frauenarmut Vorschub. Alleinerziehende Frauen sind besonders häufig betroffen. Und auch im Alter überwiegt der Anteil von Frauen, die in Armut leben. Ein zügiger Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen ist dringend erforderlich.

Finanzierung

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Der Sozialstaat braucht deshalb mehr finanziellen Spielraum. Mit einer vernünftigen Steuerpolitik ließe sich für mehr sozialen Ausgleich sorgen. Nur durch Sparmaßnahmen und Leistungskürzungen den Haushalt zu sanieren, ist der falsche Weg.

Deshalb fordert der Sozialverband VdK:

- Der Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener muss angehoben werden. Das ist möglich und vertretbar. Die meisten europäischen Länder erheben weitaus höhere Spitzensteuersätze.
- Die bis 1991 bestehende Börsenumsatzsteuer und die 1997 abgeschaffte Vermögensteuer müssen in zeitgemäßer Form wieder eingeführt werden.
- Steuerflucht und Steuerhinterziehung muss ein Riegel vorgeschoben werden. Die Strafen für Steuervergehen müssen schärfer werden.
- Eine einmalige Vermögensabgabe für Reiche könnte dem Sozialhaushalt zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten verschaffen.

Unterstützen auch Sie unsere Aktion zur Bundestagswahl – werden Sie Mitglied im Sozialverband VdK, der starken Interessenvertretung in der Sozialpolitik.

Jetzt mitmachen!
www.vdk.de